Deputation für Bildung

(städtisch)

Sitzungsprotokoll der 28. Sitzung

15. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 1999 - 2003

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
18.06.02	**15.40 Uhr**	**16.20 Uhr**	**Rembertiring**

Teilnehmer/innen:
siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 22.05.2002	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Orientierungsrahmen für die Unterrichtsversorgung der Schulen der Stadtgemeinde Bremen im Schuljahr 2002/03	Vorlage G 187 wurde in der letzten Sitzung verteilt
	Sachstand zur Lehrerversorgung für das Schuljahr 2002/03	Vorlage G 187a
TOP 5	Grundschule am Pulverberg, Sanierungsmaßnahmen	Vorlage G 188 wird nachgereicht
TOP 6	Anschaffung einer Schulverwaltungssoftware	Vorlage G 189 wird nachgereicht
TOP 7	Erste Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA-Studie	Vorlage G 190 wird nachgereicht

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 22.05.2002

Das Protokoll vom 22.05.02 wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Rohmeyer zur **Dependance Sebaldsbrücker Heerstr.** des SZ Neustadt wurde verschickt.

2. Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Mützelburg zu den Verzögerungen der **Baumaßnahmen an den Standorten mit Ganztagsangeboten im SI-Bereich** wurde verschickt.

3. Die Antwort auf die Anfrage von Frau Jamnig-Stellmach zum **Sachstand Lernortatlas** wurde verteilt.

4. Der Bericht über die **Anwahlen der gymnasialen Oberstufen und Gymnasien und die Einrichtung von Leistungskursen** wurde verschickt.

5. Die Zusammenstellung der eingerichteten **Fördermaßnahmen aus dem Strukturbedarf** wurde verteilt.

6. Das **Informationspapier Sprachkurse für Migranten** wurde verteilt.

7. Herr Rohmeyer bittet um einen Bericht über die **Zusammenarbeit mit dem Verein „Sprungchance“.**

8. Herr Bürger bittet um einen **Bericht über die festgestellten Defizite bei der Grob- und Feinmotorik in den Schuleingangsuntersuchungen, die 12% der Kinder betreffen.**

9. Herr Mützelburg fragt, welche Schulen noch Interesse gemeldet haben, zu **Ganztagsschulen** zu werden.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der Fragen 7 bis 9 zu.

10. Eine Liste der **Neueinstellungen und Feuerwehrstellen an Schulen** wird zur nächsten Sitzung verteilt.

TOP 4	**Orientierungsrahmen für die Unterrichtsversorgung der Schulen der Stadtgemeinde Bremen im Schuljahr 2002/03**	**Vorlage G 187** **wurde in der letzten Sitzung verteilt**
	Sachstand zur Lehrerversorgung für das Schuljahr 2002/03	**Vorlage G 187a**

Senator Lemke berichtet, dass zunächst noch vorhandene Probleme bei der Unterrichtsversorgung der Schulen durch eine Nachsteuerung behoben wurden. Er spricht ein Lob an die Mitarbeiter aus, die Zuweisungen zur Zufriedenheit der Schulen umgesetzt haben. Mögliche Einzelfallprobleme, die im Laufe der Sommerferien auftreten, werden während der Präsenztage gelöst werden. Herr Rohmeyer erklärt, dass die Übersicht zeige, dass Proteste unberechtigt seien. Er regt an, zukünftig erst dann Zuweisungen vorzunehmen, wenn die Nachsteuerung erfolgreich umgesetzt seien. Herr Mützelburg kritisiert, dass die Feuerwehr zur Sicherung der Unterrichtsversorgung genutzt werde. Außerdem seien sinnvolle Sonderbedarfsmaßnahmen zu Gunsten anderer sinnvoller Aktivitäten abgebaut worden. Besser sei es für Zusatzbedarfe mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Herr Brumma fragt, warum das SZ Obervieland noch ein Minus von 18,96 Wochenstunden habe? Herr Willker antwortet, dass das SZ Obervieland noch warten wolle, bis eine Lehrkraft mit den richtigen Fächern eingestellt werden könne. Auch einige Berufsschulen brauchen bestimmte z.Zt. nicht verfügbare Fachbedarfe, die eingestellt werden, sobald sie verfügbar sind. Frau Hövelmann berichtet, dass die Umsteuerung in konkrete Maßnahmen bei den Schulen zum Teil als Reduzierung und Minderung ihres Gestaltungsspielraumes empfunden werden. Sie glaubt, dass die Schulen die positiven Effekte der Maßnahmen erfahren werden. Noch besser wäre es natürlich, mehr Mittel bereitstellen zu können. Herr Rohmeyer erklärt, Ziel müsse sein, Unterricht nach Stundentafel zu erteilen. Die Sondertöpfe sollen gezielter eingesetzt werden. Herr Becker (PR-Sch) erklärt, dass zu Beginn des Schuljahres die Lehrerversorgung dank des positiven Einsatzes der Mitarbeiter gewährleistet sei. Kürzungen würden zu Problemen in der Schule führen. Es sollte ein Appell an die Politiker gehen, mehr Geld bereitzustellen. Frau Wangenheim fragt, ob die Feuerwehrstunden auch mit Personen hinterlegt seien. Herr Willker bejaht dieses. Nur bei den Sonderschulen fehlen noch einige geeignete Bewerber.

Beschluss:
Die Deputation nimmt Kenntnis.

TOP 5 Grundschule am Pulverberg, Sanierungsmaßnahmen Vorlage G 188

Beschluss:
Die Deputation für Bildung stimmt der Maßnahme und der Veränderung im Sanierungsprogramm 2002 zu.

TOP 6 Anschaffung einer Schulverwaltungssoftware Vorlage G 189

Beschluss:
Die Deputation für Bildung stimmt der Anschaffung der Programme Magellan und da Vinci von der Firma Stüber Software und der dargestellten Finanzierung zu. Sie sind zunächst für die Durchführung einer Erprobung im Rahmen eines Pilotprojektes mit 5 Schulen und in der senatorischen Dienststelle mit der Option einer flächendeckenden Einführung in allen Schulen der Stadtgemeinde Bremen zu installieren. Die Deputation für Bildung bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft über den Abschluss des Pilotprojektes spätestens im März 2003 einen Bericht vorzulegen.

TOP 7 Erste Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA-Studie Vorlage G 190

Frau Hövelmann erklärt, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen zum neuen Schuljahr greifen sollen und damit erste Schritte als Konsequenz aus der PISA-Studie endlich umgesetzt werden. Sie weist darauf hin, dass erforderliche weitere Maßnahmen auch einen zusätzlichen Mitteleinsatz erfordern, da Kürzungen an anderer Stelle des Schulbereichs mit der SPD nicht zu machen seien. Herr Mützelburg weist auf die Einigkeit darüber hin, dass etwas getan werden muss. Es sei aber peinlich, wie wenig zur Zeit nur umgesetzt werden könne. Außerdem kritisiert er, dass Anmerkungen zur Finanzierung fehlen. Er fragt, mit welchem Konzept die zwei Grundschulen mit Ganztagsangeboten entwickelt werden sollen und welche Schulen dies seien. Dieses Vorgehen entspreche zudem nicht dem Ziel, den Schulen mehr Selbständigkeit zu geben. Aus diesen Gründen lehne er die Vorlage ab. Frau Voigt (GSV) vermisst eine grundsätzliche Diskussion über die Bremer Schulwesen. Herr Rohmeyer erklärt, dass das PISA-E-Ergebnis abgewartet werden müsse und die Beratungen des Runden Tisches sollen einbezogen werden. Er weist darauf hin, dass die vorgelegten Maßnahmen innerhalb der Eckwerte des Bildungsressorts finanziert werden. Senator Lemke spricht sich für ein gemeinsames Vorgehen zu Verbesserung von Unterricht und Schule aus. Die PISA-Ergebnisse sollten besonnen diskutiert und weitere Maßnahmen entwickelt werden. Es gebe schon jetzt eine Reihe von Maßnahmen, die längerfristig wirken werden: An 173 Schule finden Vergleichsarbeiten ohne Boykotte statt. Die Arbeiten werden ausgewertet und Fehler der Vergangenheit könnten dadurch in Zukunft vermieden werden. Ein neues Ziele sollte es, zukünftig mehr zu Fördern statt Auslese zu betreiben, dazu sollen zum Beispiel die eingerichteten Deutschkurse für Migranten und die Leseintensivkurse bei. Die Eigenständigkeit von Schulen werde gestärkt werden. Es gebe viele positive Beispiele an Bremer Schulen, diese müssen herausgestellt und auf andere Schulen übertragen werden. Nur Schuldzuweisungen zu betreiben sei der falsche Weg und führe nicht zu besseren Ergebnissen. Er kündigt an, dass es in den nächsten Sitzungen weitere Erläuterungen zu einzelnen Maßnahmen wie z.B. den Ganztagsangeboten im Grundschulbereich geben werde. Frau Wangenheim fragt nach einer haushaltsgerechten Darstellung der Finanzierung. Frau Moning antwortet, dass die Finanzierung in der nächsten Sitzung vorgelegt werde.

Beschluss: (Gegen 1 Stimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Die Deputation für Bildung stimmt dem unter B. dargestellten Maßnahmepaket zu.

Senator Lemke verabschiedet Frau Köke (GSV) und Frau Dargel (ZEB) und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Senator	Sprecher	Protokollantin